

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP

### **Öffentlichkeit und parlamentarische Beteiligung bei der Debatte um die Zukunft der Europäischen Union sicherstellen!**

Die Bremische Bürgerschaft lehnt die Einrichtung eines „Rates der Weisen“ beim Europäischen Rat ab. Bei der Diskussion weiterer Vorschläge zur Zukunft der Europäischen Union soll eine breite zivilgesellschaftliche und parlamentarische Beteiligung sichergestellt werden. Sollte die Einrichtung einer „Reflexionsgruppe“ von den Staats- und Regierungschefs als erforderlich angesehen werden, so wird die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gebeten, sich dafür einzusetzen, dass diese mit Parlamentariern aus den EU-Mitgliedstaaten besetzt ist.

#### Begründung:

Mit dem Reformvertrag haben sich die EU-Mitgliedstaaten auf eine neue vertragliche Grundlage geeinigt, die die Union einen guten Schritt voranbringt. Diese Einigung und die Unterzeichnung des Vertrags beim EU-Gipfel am 13. und 14. Dezember 2007 werden von der Bremischen Bürgerschaft begrüßt. Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat die Einsetzung eines „Rates der Weisen“ gefordert. Dieser Rat soll bis zu den Europawahlen 2009 Vorschläge zur Zukunft der EU ab dem Jahr 2020 vorlegen. Die portugiesische Ratspräsidentschaft hat indes signalisiert, auf die Einsetzung eines „Rates der Weisen“ verzichten zu wollen und den Vorschlag einer „Reflexionsgruppe“ ins Gespräch gebracht. Bereits beim Europäischen Rat am 13./14. Dezember 2007 soll über den Vorschlag abschließend beraten werden.

Die Einsetzung eines „Rates der Weisen“ bzw. einer Reflexionsgruppe zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nicht ohne Risiken für den Ratifizierungsprozess in den Mitgliedstaaten. Die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union, über gemeinsame europäische Werte und eine gemeinsame Identität muss daher unbedingt öffentlich geführt werden. Das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in den Prozess der europäischen Einigung wird gefährdet, wenn zentrale Zukunftsfragen intransparent hinter verschlossenen Türen und ohne demokratische Legitimation in engen Zirkeln diskutiert werden. In der Union existieren gewählte Volksvertretungen auf europäischer,

nationaler und regionaler Ebene. Die Diskussion über die Zukunft der Union darf nicht an diesen vorbei geführt werden. Eine breite parlamentarische und zivilgesellschaftliche Beteiligung sichert, dass weit reichende Zukunftsdebatten zur EU nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden.

Oliver Möllenstädt, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP